

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Neue Zeitung für das Großherzogthum Oldenburg.  
1887-1890  
1887**

13.9.1887 (No. 69)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-978039](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-978039)

### Alles für die verschuldeten Grundbesitzer.

Die Bildung einer agrarischen Entschuldungspartei ist der neueste Vorschlag, der in der agrarischen Presse gemacht wird, um eine wirksame Agitation für eine dauernde staatliche Unterstützung der „nothleidenden Landwirtschaft“ ins Leben zu rufen. Seit Monaten wird in einem der agrarischen Hauptorgane, der „Deutschen Landwirtschaftlichen Zeitung“, diese Frage ernstlich diskutiert. Unter dem Ausdruck „Entschuldung“, der für nichteingeweihte Leser kaum verständlich sein dürfte, wird dabei in der Hauptsache eine gesetzliche Maßregel der Gesetzgebung verstanden, welche eine vollständige Entlastung des Grundbesitzes von der Zinszahlung für Hypothekenschulden ausspricht. Ueber die Modalitäten der Ausführung gehen die Anschauungen noch auseinander. In den Vordergrund wird insbesondere das Projekt gestellt, alle bestehenden verzinslichen Hypothekenschulden mit einem Schläge dadurch abzulösen, daß jeder Hypothekengläubiger durch Gesetz gezwungen wird, an Stelle seiner vertragsmäßig verzinslichen Forderung als Tilgung dieser Schuld den gleichen Betrag unverzinslicher staatlicher Bodenschne anzunehmen. Der Vortheil dieses Planes für den Grundbesitzer liegt auf der Hand: er würde mit einem Schläge jeder lästigen Verpflichtung zur Zinszahlung entledigt und würde in Zukunft nur noch in angemessenen Raten Zahlungen zur Amortisation der Schuld selbst zu leisten haben. Auch der Staat würde dabei gar keine finanzielle Last übernehmen, denn Zinsen für die auf diese Weise bewirkte Zwangsanleihe würde er überhaupt nicht zu zahlen haben und die Tilgung der Kapitalschuld würde durch die Amortisationsbeiträge der verschuldeten Grundbesitzer zu bewirken sein. Geschädigt würde nur der Gläubiger werden, dem unter völliger Annullirung eines dem bestehenden Rechte durchaus entsprechenden Schuldvertrages ein jeden Zinsbetrag aufhebendes Staatspapier aufgedrungen werden würde. Nach dem Muster der französischen Revolutionszeit würde somit, um es kurz zu bezeichnen, ein Assignatenpapier geschaffen werden, nur mit dem Unterschiede, daß vor hundert Jahren die Ausgabe solcher Papiere dem Staate selbst zu Nutzen kommen sollte, während jetzt umgekehrt der Staatskredit in Anspruch genommen werden soll zum Nutzen der verschuldeten Grundbesitzer und zwar für den einzelnen Besitzer um so stärker, je tiefer derselbe verschuldet ist. Die Ausführungen, mit welchen diese Vorschläge in dem agrarischen Blatte begründet werden, sind noch viel maßloser als diese Vorschläge selbst. Was immer von sozialistischer Seite in wissenschaftlicher Form gegen die bestehende Wirtschaftsordnung vorgebracht worden ist, verschwindet völlig vor den Kraftausdrücken, in denen jetzt diese Vertreter des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, d. h. die Vertheidiger des Privateigentums in seiner schärfsten Form, gegen das private Kapital, welches sie für alle Leiden des landwirtschaftlichen Betriebes verantwortlich machen, zu Felde ziehen. Eine Probe mögen die Worte geben, mit welchen in dem oben genannten Blatte der Agrarier seinen Vorschlag gegenüber dem Kapitalisten rechtfertigen zu können meint: „Haben wir schweigen und nachdenken müssen, ihnen Zinsen zu geben, die kein Boden brachte — laß sie sich jetzt im Schweiße ihres Angesichts den Kopf zerbrechen, wie sie sich selbst Zinsen verdienen. Wir haben lange genug Faullenzler fett gemacht; jetzt kommt der Herbst und es ist Zeit zum Räuchern.“ Nun geben sich freilich auch diese agrarischen Heißsporne nicht der Hoffnung hin, daß solche Anschauung in kurzer Zeit zur Herrschaft in unserer Gesetzgebung gelangen könnte; sie wollen sich deshalb, gewissermaßen wie mit einer Abschlagzahlung, mit einer Zollbevorzugung aller nationalen Produkte der Landwirtschaft begnügen. Um keinen Zweifel über die Tendenz dieser heute als einzigen Hilfsmittels hingestellten Maßregel aufkommen zu lassen, wird zur Empfehlung aber gleichzeitig bemerkt, daß „die Schuldner dadurch eine Aufbesserung ihrer Immobilien erreichen würden.“ Mit anderen Worten: man ist sich vollständig bewußt, mit

der Forderung einer weiteren Zollerhöhung in Wahrheit nichts Anderes als eine Steigerung des Wertes des Grundbesitzes zu verlangen! So kommt denn in diesen neuesten Kundgebungen der Charakter der agrarischen Bewegung schärfer als je zuvor zum Ausdruck: auf der einen Seite die wildesten Deklamationen gegen den als gesetzlich privilegierten Ausbeuter hingestellten Kapitalisten, auf der anderen Seite die rücksichtsloseste Forderung staatlicher Begünstigungen für den Grundbesitz. Wirkamer als es diese Herren thun, kann in der That den Bestrebungen der Sozialdemokratie und an letzter Stelle der sozialen Revolution nicht wohl vorgearbeitet werden.

### Aus dem Reiche.

— Bekanntlich hat die Staatsanwaltschaft einen Strafantrag, welchen der Redakteur der „Volkszeitung“ gegen den Fürsten Bismarck gestellt hatte, zurückgewiesen mit der Ausführung, daß Fürst Bismarck der Militärgerichtsbarkeit unterliege. Nunmehr hat auch der Strafsenat des Kammergerichts nach eingelegter Berufung diese Ansicht der Staatsanwaltschaft bestätigt. Fürst Bismarck sei zum General der Kavallerie ernannt, als solcher gehöre er, wie viele andere höhere Offiziere, nicht zur Landwehr, welche überhaupt eigene Generale nicht besitzt, sondern zu den Personen des Soldatenstandes im Sinne der preussischen Militär-Strafgerichts-Ordnung vom 3. April 1845, und untersteht daher der Militärgerichtsbarkeit. Der § 16 bestimme nur, daß, wenn Personen des Soldatenstandes aus dieser Stellung scheiden und im Zivil-Staatsdienst oder im Kommunaldienst definitiv angestellt worden, der Militärgerichtsstand aufhören soll; im vorliegenden Falle sei aber einem im Zivil-Staatsdienst stehenden Beamten von Sr. Majestät dem Kaiser noch außerdem eine hohe militärische Charge verliehen, indem derselbe zum General von der Kavallerie der Armee ernannt worden ist. Hat jemand vielleicht eine andere Entscheidung erwartet?

— Der preussische Kultusminister hat dem Clarissenorden in Münster die Niederlassung zur Führung eines bescheidenen Lebens gestattet.

— Die „Nordd. Allg. Z.“ brachte einen anderen sog. hochoffiziösen Artikel, den man dem Fürsten Bismarck zuschreibt. Darin heißt es: „Die Stärke der deutschen Politik besteht in ihrer Bedürfnislosigkeit.“ Dieser erfreuen wir uns auch Rußland gegenüber und es fehlt unserer Politik jedes Motiv, der genannten Macht Dienste zu erweisen, für welche wir Gegenstände erwarten könnten. Wir würden es bedauern, wenn Artikel eines so angesehenen Blattes, wie die „Kölnische Zeitung“ ist, in Rußland die Meinung erwecken, als ob unsere in der bulgarischen Frage auch für Rußland willkommene Haltung durch das Bestreben eingegeben wäre, dafür irgend welche russische Gefälligkeit oder auch nur Höflichkeit zu erlangen. Wenn irgend etwas geeignet wäre, unsere Gegner unter den Russen uns gegenüber anspruchsvoll zu machen, so ist es ein Nothruf, wie ihn die „Kölnische Zeitung“ nach der Kaiserzusammenkunft ausstößt. Die Linie, welche die deutsche Politik seit Jahren als die richtige erkannt hat, ist die Achtung vor den Verträgen und das Festhalten an der durch sie geschaffenen Vertheilung von Macht und Einfluß.“ Zum Beweise, daß der Artikel der „Kölnischen Ztg.“ im Auslande gewirkt habe, führt die „Norddeutsche“ dann noch eine Auslassung des offiziellen „Diemnik Warszawski“ an, der aus der Erklärung des rheinischen Blattes ersehen haben will, daß das Septennat nur mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit Rußland zu Stande gekommen sei. Die obige schöne rednerische Pose in der „N. A. Z.“ gegen Rußland und Oesterreich hin mag für den augenblicklichen Zweck ganz geschickt gewählt sein. Wenn es nämlich wirklich in diesen Tagen zu einer Kaiserzusammenkunft in Stettin kommen sollte, so ist der Auffassung vorgebeugt, die Kaiser seien nun auch Allürte und Einer suchte die Hilfe des Anderen. Im Uebrigen ist auch obige Auslassung aus leeren diplomatischen Wendungen aufgebaut, die keine Kritik tragen.

— Bei den Wahlen zum Reichstage für die 7. Legislaturperiode (1887) wurden 9769802 Wahlberechtigte d. i. auf 100 Einwohner 20,9 (1884 20,7

1881 20,1) gezählt. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 7570710, so daß auf 100 Wahlberechtigte 77,5 (1884 60,6, 1881 56,3, 1878 63,3, 1877 60,6, 1874 61,2) Stimmen kamen, von denen 29772 ungültig waren. Von den gültigen entfielen 1677979 (22,2 pCt.) auf die Nationalliberalen, 1516222 (20,1 pCt.) auf das Centrum, 1147200 (15,2 pCt.) auf die Deutsch-Konservativen, 973104 (12,9 pCt.) auf die Fortschrittspartei, 763128 (10,1 pCt.) auf die Sozialdemokraten, 736389 (9,8 pCt.) auf die Deutsche Reichspartei, 233685 (3,1 pCt.) auf die Elsäßer, 112827 (1,5 pCt.) auf Welfen und Partikularisten, 88818 (1,2 pCt.) auf die Volkspartei und 12360 (0,2 pCt.) auf die Dänen, während 59253 (0,8 pCt.) unbestimmt oder zersplittert blieben.

— Die Etatsstärke des deutschen Heeres betrug 1887/88 342470 Mann Infanterie, 57924 Kavallerie, 40581 Feldartillerie, 18053 Fußartillerie, 12939 Pioniere, 5430 Train, 1232 besondere Formationen und 2196 nicht regimentirte Offiziere u. in Summa 491825 Mann, darunter 19262 Offiziere, 55447 Unteroffiziere, 848 Zahlmeisteraspiranten, 5516 Unteroffiziere und 13754 Gemeine als Spielleute, 328290 Gefreite und Gemeine, 3704 Lazarethgehilfen, 10850 Oekonomie-Handwerker, 1777 Militärärzte, 840 Zahlmeister u. 641 Hofärzte, 803 Büchsenmacher und Waffenmeister und 93 Sattler; Dienstpferde giebt es 84077. Die Marine zählt 101 Schiffe mit 519 Geschützen, 182102 Tonnen Displacement, 167805 Pferdekraften und 16581 Mann Besatzungsetat. Vorhanden sind in der Marine 807 Offiziere und 14437 Mannschaften (inkl. Decksoffiziere). Das Ersatzgeschäft ergab im Jahre 1885 373133 Gestellte, von denen 1225 ausgesprochen, 66893 ausgemustert und 162239 der Ersatzreserve bezw. Seemehr überwiesen wurden, während 142766 ausgehoben wurden und außerdem 20561 freiwillig eintraten. Wegen unerlaubter Auswanderung wurden 18017 (1884 17803, 1883 15877, 1882 15412, 1881 12226) Personen verurtheilt. Unter den Eingestellten befanden sich nur 1,08 pCt. (vor 10 Jahren noch 2,37 pCt. die weder lesen noch schreiben konnten.

— Im englischen Unterhause erwiderte Ferguson auf eine Anfrage, es sei richtig, daß deutsche Kriegsschiffe auf Samoa Mannschaften gelandet und daß der englische und amerikanische Konsul Einspruch dagegen erhoben hätten. Die „N. A. Z.“ sagt, daß deutsche Nachrichten über die Vorgänge auf Samoa noch nicht vorliegen. Das deutsche Geschwader hatte aber den Auftrag, wegen Räubereien auf den Plantagen und Beleidigung des Kaisers, sowie von Reichsangehörigen, welche den Geburtstag des Kaisers gefeiert hatten, Genugthuung zu fordern. Ein militärisches Einschreiten werde wahrscheinlich erfolgt sein, wenn Malietoa Entschädigung und Genugthuung verweigert habe. Die auswärtigen Beziehungen Samoas, die Gleichberechtigung Deutschlands, Englands und Amerikas auf Samoa würden durch das Einschreiten nicht berührt, sondern bleiben unverändert. Die Autorität des parallel regierenden Königs Tamasese werde von der großen Mehrheit der Samoaner schon lange faktisch anerkannt. Ein amtlicher Verkehr mit Malietoa war für Deutschland unhaltbar, sobald derselbe Beleidigungen und Gewaltthaten gegen das Reich und gegen Reichsangehörige beging. (?)

### Ausland.

— Auf Anregung einer in Brüssel abgehaltenen Arbeiterversammlung faßte der Kongreß der englischen Gewerksvereine den Beschluß, im nächsten Jahre in London einen internationalen Kongreß von Gewerksvereinen abzuhalten.

— Aus Mitchellstown in Irland wird ein thätlicher Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und der Polizei gemeldet. Der Abgeordnete O'Brien war vor den dortigen Friedensrichter geladen, weil er die Pächter zum Widerstand gegen das Gesetz aufgereizt hatte. O'Brien leistete der Ladung keine Folge, der Richter erließ darauf einen Haftbefehl gegen denselben. Darüber entstand in der Stadt eine große Erregung, in den Straßen sammelte sich eine große Menge und es wurde eine Volksversammlung abge-









